

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Renate Meixner-Römer  
-Rathaus-

65428 Rüsselsheim

Datum 19.05.07

*Antrag an die Stadtverordnetenversammlung nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim zur Verweisung in den Sozialausschuss, sowie in den Haupt- und Finanzausschuss.*

## **Günstigerer Mittagstisch für sozial Benachteiligte in den Betreuungsschulen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen die Senkung des Preises für den Mittagstisch der Betreuungsschule für Kinder hat, bei denen einem Antrag auf Ermäßigung der Betreuungsschulgebühren stattgegeben wurde.

Der zu senkende Preis für das Mittagessen sollte dem Preis der Kindertagesstätten angeglichen werden.

### Begründung:

Nach Zahlen aus dem »Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht«, den die Bundesregierung im März 2005 vorgelegt hat, galten im Jahr 2003 13,5 Prozent der Bevölkerung als arm. 2002 waren es nach diesen Angaben noch 12,7 Prozent, 1998 12,1 Prozent. Mehr als ein Drittel der Armen sind Alleinerziehende und ihre Kinder. 19 Prozent sind Paare mit mehr als drei Kindern. Diese Zahlen zeigen, dass Kinder überproportional von der in unserem Land vorkommenden relativen Armut betroffen sind.

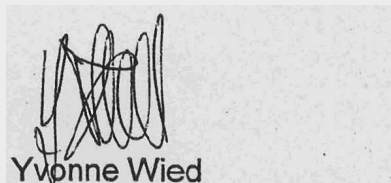
Gerade benachteiligte Kinder müssen die Möglichkeit haben, an dem Mittagessensangebot der Betreuungsschule teilzunehmen und regelmäßig ein gesundes Essen einzunehmen. Derzeit kostet das Mittagessen in der Betreuungsschule pro Kind und Tag 2,60 Euro. Das ist für sozial benachteiligte Kinder eindeutig zu viel, zumal die Kalkulation des Hartz-IV-Satzes die ganztägige Versorgung eines Kindes mit Essen nur mit 2,66 Euro pro Tag veranschlagt. Eine Preisreduzierung auf 1,22 Euro stellt für die Betroffenen eine deutliche Entlastung dar.

Kinder sind die schwächsten Glieder der Kette und oft die Leidtragenden von gesellschaftlichen wie privaten Fehlentwicklungen. Dass sich in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, kann auf kommunaler Ebene nicht behoben werden. Wohl aber kann eine Kommune konkrete Hilfe leisten und vor allem den betroffenen Kindern unterstützend zur Seite stehen.

Für die Betroffenen würde dieser Preisnachlass eine entscheidende Hilfe darstellen. Damit kann sicherstellt werden, dass Probleme der Erwachsenen nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden.



Herbert Schmidt  
- SPD -  
Fraktionsvorsitzender



Yvonne Wied  
- Bündnis 90/Die Grünen -  
stellv. Fraktionsvorsitzende